

**Profession braucht Inklusion -
Zum Selbstverständnis sozialpädagogischer
Berufe in Kindertagesstätten
Tagung am 29. / 30. Oktober 2010 in Fulda**



***Marianne Demmer, Stellvertretende Vorsitzende und Leiterin des
Organisationsbereichs Schule***

Begrüßung

Ich möchte Euch und Sie im Namen des Hauptvorstands der GEW ganz herzlich begrüßen und eine gute und ertragreiche Veranstaltung wünschen. Dieses Treffen wird vom Bereich Jugendhilfe / Sozialarbeit für die Angehörigen sozialpädagogischer Berufe in den Kindertagesstätten ausgerichtet. Mein Erfahrungshintergrund ist der Schulbereich. Ich selbst bin Grund- und Hauptschullehrerin, habe auch einige Jahre an Sonderschulen gearbeitet. Bei der GEW leite ich den Bereich allgemeine Schulen und bin zudem stellvertretende Bundesvorsitzende. Ich will einige grundsätzliche Überlegungen beisteuern und das Thema der Veranstaltung „Profession braucht Inklusion“ erst einmal umkehren: „Inklusion braucht Profession“.

Auf ihrem Gewerkschaftstag 2009 hat die GEW zwei Beschlüsse gefasst, die für die heutige Veranstaltung bedeutsam sind:

Ein Beschluss beschäftigt sich mit dem Menschenrecht auf Bildung. Daraus ein Zitat:

„Das Menschenrecht auf Bildung soll zur Leitschnur des bildungspolitischen Handelns in Deutschland werden und der Ökonomisierung und Kommerzialisierung von Bildung entgegenwirken. Die GEW setzt sich in Übereinstimmung mit den internationalen Abkommen und Verträgen auch in Deutschland für ein umfassendes Verständnis des Rechts auf Bildung ein. Als so genanntes „Empowerment Right“ handelt es sich dabei um ein Recht, das zur aktiven Wahrnehmung anderer Rechte erst befähigt. Ihm kommt im internationalen Wertefundament der Menschenrechte deshalb eine zentrale Bedeutung zu. Das Recht auf Bildung gilt für den gesamten Lebenslauf. Es ist mit dem Ziel der Chancengleichheit und Diskriminierungsfreiheit, mit Menschenwürde, der Achtung von Vielfalt, der Entfaltung aller menschlichen Potenziale und einer konsequenten Menschenrechtsbildung untrennbar verknüpft. Das Recht auf Bildung erschöpft sich folglich nicht im Recht auf *Zugang* zu den Bildungseinrichtungen und kann auch nicht mit Erledigung der Schulpflicht als befriedigt gelten.“

Mit einem zweiten Beschluss haben wir uns ohne Wenn und Aber zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen und damit zu einem *inklusiven* Bildungssystem bekannt, wie es in der UN-Konvention gefordert wird. Denn nur in einem inklusiven Bildungssystem – davon ist die GEW zutiefst überzeugt - lassen sich die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe, „Chancengleichheit und Diskriminierungsfreiheit, Menschenwürde, die Achtung von Vielfalt, der Entfaltung aller menschlichen Potenziale und eine konsequente Menschenrechtsbildung“ verwirklichen. Dass diese Ziele auch gut für eine demokratische Gesellschaft und die ökonomische Entwicklung sind, will ich nur am Rande erwähnen. Der Ruf der Wirtschaft nach gut ausgebildeten Menschen ist ja unüberhörbar. Der Ruf nach Solidarität und gesellschaftlichem Zusammenhalt in einer demokratischen Gesellschaft ist leider bei weitem nicht so laut.

Die fundamentalen Menschenrechte, das umfassende Recht auf Bildung und ein inklusives Bildungssystem gehören nach Ansicht der GEW und in Übereinstimmung mit den UN-Konventionen untrennbar zusammen. Inklusive Bildung ist kein Gnadentat sondern ein Menschenrecht, das nicht vom Himmel fällt, sondern erkämpft und verwirklicht werden muss. Neben klugen durchsetzungsstarken Politikern werden gut ausgebildete pädagogische Professionelle gebraucht. Inklusion braucht Profession.

So viel zum Grundsätzlichen. Wie sieht es aber mit der praktischen Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystems aus? Denn dass wir in Deutschland keines haben, darüber

besteht ein Partei übergreifender Konsens. Aber in welchem Ausmaß wir keines haben, darüber besteht Uneinigkeit. Offene und heftig diskutierte Fragen sind:

- Bezieht sich ein inklusives Bildungssystem nur auf Menschen mit Behinderungen oder sind auch Menschen am Rande der Gesellschaft gemeint, z.B. Sinti und Roma, Flüchtlinge, Straßenkinder und sozial Ausgegrenzte?
- Kann ein selektives Schulsystem wie das deutsche überhaupt inklusiv sein? Reicht es also, wenn Eltern und Kinder zwischen sonderpädagogischen Einrichtungen und allgemeinen Schulen und Kitas wählen können? Oder muss nicht die Eine Schule für alle erst einmal Wirklichkeit werden?
- Müssen sonderpädagogische Einrichtungen geschlossen werden oder können sie erhalten bleiben, wenn sie sich für alle Kinder und Jugendlichen öffnen? Oder sollen sie zu Service-Einrichtungen für andere Bildungseinrichtungen entwickelt werden, also selbst keine Kinder und Jugendlichen haben?
- Sind Sonderklassen an allgemeinen Schulen bereits inklusiv? In Deutschland werden derzeit nur zwischen 15 und 18% aller Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen Schulen unterrichtet, im internationalen Durchschnitt sind es 85%. In unseren 16 Bundesländern schwanken die Anteile zwischen 5 und 50%. Da wird mittlerweile gerne alles Mögliche als „inklusiv“ deklariert.

Alle diese Fragen bieten bereits genügend Diskussions- und manchmal auch Zündstoff. Für uns als Bildungsgewerkschaft kommen aber noch Fragen und Herausforderungen hinzu, die sich generell aus einer Umstellungssituation ergeben. Umstellungen machen vielen erst einmal Angst. Was kommt da auf mich zu? Werden die Belastungen noch größer? Ist mein Arbeitsplatz in Gefahr? Kann ich überhaupt mit behinderten oder der deutschen Sprache nicht mächtigen Kindern und Jugendlichen umgehen? Bin ich überhaupt richtig ausgebildet?

Diese nachvollziehbaren *Sorgen und Befürchtungen* bieten einen guten Nährboden für den Glauben an alle möglichen – wissenschaftlich längst wiederlegten – Theorien und Mythen:

- Dass die „normalen“ jungen Menschen in ihrer Entwicklung und beim Lernen behindert würden
- Dass behinderte Menschen am besten in Einrichtungen für Behinderte gefördert werden können
- Dass in homogenen Gruppen am besten gelernt wird: Alle sind ungefähr gleich intelligent oder gleich dumm, gleich sprachlich gewandt oder gleich sprachlich

unbeholfen, haben die gleiche Behinderungsart, die gleiche Religion oder Weltanschauung, die gleichen armen oder wohlhabenden Eltern

Alle diese Theorien und Mythen halten – wie gesagt – einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand, was aber natürlich niemanden daran hindert, fest daran zu glauben. Man wird diese Mythen wirksam auch erst dann aus der Welt schaffen können, wenn die Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen von ihrer Ausbildung und den Rahmenbedingungen her relativ sicher sein können, dass sie den Herausforderungen auch gewachsen sind. Eine Bildungseinrichtung ohne Rampe und Aufzug wird schlecht Kindern und Jugendlichen gerecht werden können, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind; Blindenschrift oder Gebärdensprache sollte sowie so an jeder größeren Einrichtung mindestens eine Pädagog/in können.

Was bedeutet eigentlich Inklusion?

Ist das nicht nur ein anderer Begriff für Integration? Nein – im Gegensatz zur Integration meint Inklusion Dazugehören von Anfang an. Da muss sich niemand als „Fremder“, als Nicht-Deutscher, als Behinderter oder was auch immer in die vermeintlich „normale“, „gesunde“ Umgebung integrieren oder integriert werden. In einer inklusiven Gesellschaft, in einem inklusiven Bildungssystem gehören alle dazu, die da sind und wie sie sind.

Es ist normal verschieden zu sein. Und oberstes Ziel ist es, jedem und jeder gerecht zu werden und zu seinen und ihren besten Möglichkeiten zu verhelfen. Alle, die da sind, gehören dazu. Im Falle der Menschen mit ausländischen Wurzeln geht es dann nicht darum, dass sie Deutsch lernen, um überhaupt dazuzugehören, sondern dass sie Deutsch lernen, damit sie sich verständigen und teilhaben können. In der Praxis ist oft nicht zu merken, ob es sich um Maßnahmen oder Vorgänge im Rahmen von Integration oder von Inklusion handelt.

Dennoch ist es wichtig, sich den Unterschied klar zu machen, weil er die Haltungen der Menschen und der Pädagog/innen prägt: Wenn ich mit einer auf Integration zielenden Haltung Herausforderungen und Probleme bearbeite, kann die Frage, ob sich überhaupt jemand integrieren lässt – wie in der aktuellen ziemlich unerträglichen Zuwanderungsdebatte – die Oberhand gewinnen. Oder ob ein behindertes Kind überhaupt „bildbar“ ist. Und wenn diese Fragen verneint werden, ist man dann schnell bei Abschiebung: In ein anderes Land oder eine Sondereinrichtung oder auch „nur“ vom Gymnasium in eine Hauptschule. Wenn aber klar ist, dass alle dazugehören und nirgendwohin abgeschoben werden können, müssen und werden sich inklusive Pädagog/innen fragen, was sie selbst tun oder wie sie

Unterstützung organisieren können. Inklusion verpflichtet dazu: Probleme zu lösen oder auszuhalten und nicht wegzuschieben. Nicht Kinder und Jugendliche müssen sich den Bildungseinrichtungen anpassen, sondern die Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, alle jungen Menschen dabei zu unterstützen, dass sie ihre Interessen und Fähigkeiten nach Möglichkeit optimal entwickeln können.

Fazit: Alle Menschen brauchen Inklusion. Inklusion braucht Profession, braucht Professionelle, die eine inklusive Haltung, ein inklusives Bewusstsein haben und ihr Handwerk beherrschen. Damit dies nicht mit übergroßer Anstrengung und Versagensängsten verbunden ist und gut gelingen kann, werden entsprechende Aus- und Fortbildungen und vernünftige Rahmenbedingungen gebraucht.

Der Titel der Veranstaltung allerdings heißt nicht *Inklusion braucht Profession*, sondern: *Profession braucht Inklusion*. Also genau umgekehrt.

Mancher Pädagoge, manche Pädagogin denkt oder sagt es auch laut: Nö, ich brauche keine Inklusion und mir sind auch die Menschenrechte und die UN-Konvention gleichgültig. Mir wäre es lieber, alles bliebe so wie es ist. Die behinderten Kinder blieben in ihren Sondereinrichtungen und die sozialen Randgruppen in den Hauptschulen. Viele Sonderpädagogen wollen ihre schöne Sondereinrichtung nicht aufgeben und fragen sich, worin eigentlich die Vorteile für sie selbst liegen, wenn sie mit einer neuen Umgebung zurecht kommen müssen?

Es ist nicht meine Art, in rosaroten Farben zu malen. Aber aus eigener Erfahrung und den Erfahrungen von Kolleginnen und Kollegen weiß ich, dass inklusive Bildung und inklusive Pädagogik die Berufszufriedenheit verbessert und ein starker Impuls für die Weiterentwicklung der Pädagogik ist. Das Ansehen bei den Eltern und in der gesamten Gesellschaft steigt. Denn eigentlich wollen Pädagoginnen und Pädagogen nicht ständig bewerten und aussortieren, eigentlich wollen sie unterstützen und jedem jungen Menschen gerecht werden und die individuellen Lern- und Entwicklungsprozesse lenken und begleiten. Und genau dieses Professionsverständnis erwarten auch die Eltern.

Aber nicht nur die Aussicht auf mehr Berufszufriedenheit, bessere Pädagogik und größeres Ansehen lassen mich den Satz unterschreiben, dass Profession Inklusion braucht. Ich bin fest davon überzeugt, dass nur in einem inklusiven Bildungssystem die Spaltung der Pädagogischen Professionen überwunden werden kann. Denn so gespalten und selektiv unser Bildungssystem ist, so gespalten sind die pädagogischen Professionen.

Einige Stichworte nur: Es gibt Sozial- und Schulpädagogen mit völlig unterschiedlichen Traditionen, Ausbildungen, professionellen Selbstverständnissen. Die Länge der Ausbildung und damit auch die Bezahlung wird am Alter der Kinder und Jugendlichen festmacht. Je kleiner die Kinder, desto kürzer die Ausbildung und desto geringer das Einkommen. Im Schulbereich kommt dann noch hinzu: Je geringer das Ansehen der Schulform, desto kürzer die Ausbildung und desto geringer das Einkommen. Obwohl in den Hauptschulen sicher eine ganz schwierige Arbeit zu leisten ist, werden die Lehrkräfte an Hauptschulen im Vergleich mit Gymnasial- und Realschullehrern - den anderen Schulformen der Sekundarstufe I - am schlechtesten bezahlt und mit der höchsten Unterrichtsverpflichtung belastet. In einem inklusiven Bildungssystem ist eine solche Spaltung auf Dauer undenkbar, denn die Hierarchie, die Über- und Unterordnung von Bildungseinrichtungen wird Unfug, wenn alle Kinder und Jugendlichen gleich wichtig und gleich wertvoll sind und ganz selbstverständlich von Anfang an dazugehören.

Ja, Profession braucht Inklusion. Und wir sollten uns genau ansehen, wer aus welchen Gründen dagegen ist. Denn: Wer gegen Inklusion ist, sucht nach Gründen. Wer für Inklusion ist, sucht nach Wegen. Das gilt für Politiker/innen und Pädagog/innen gleichermaßen. In diesem Sinne wünsche ich der Veranstaltung gute Diskussionen und dass begehbare Wege gefunden werden.